



Familienforum mit queeren Familien am 20.09.2022

– Ergebnisse –

Veranstaltungsort: Regenbogenfamilienzentrum in Schöneberg, Cheruskerstr. 22

Veranstalter: Berliner Beirat für Familienfragen in Kooperation mit dem Regenbogenfamilienzentrum und dem LSVD Berlin-Brandenburg e.V.

Es trafen sich 9 Interessierten, davon 8 Elternteile aus queeren Familien mit jungen Kindern im Regenbogenfamilienzentrum in Schöneberg zu einem Workshop, um sich über ihre Herausforderungen in ihrem Familienalltag in Berlin auszutauschen und diese an den Familienbeirat weiterzugeben. Die Teilnehmenden kamen aus sechs unterschiedlichen Stadtteilen, überwiegend aus dem Westteil der Stadt. Im Gespräch ging es viel um soziale und strukturelle Gewalt in Form von Unverständnis bis hin zu offener Diskriminierung auf gesellschaftlicher Ebene und um Ausdruck struktureller Gewalt durch das teilweise verfassungswidrige Abstammungsrecht sowie demütigende Erfahrungen mit Ämtern und Behörden. Allein die Community kann für einen geschützten Raum der freien Entfaltung für Eltern wie Kinder garantieren. Wir benutzen das Adjektiv queer, um alle LGBTIQ* Menschen zu bezeichnen – auch wenn es nicht exakt die Realitäten aller LGBTIQ* – nicht-binären Menschen wiedergibt - zur besseren Lesbarkeit des Textes.

Von den Familien wurden folgende Themen angesprochen:

Diskriminierung

Queere Familien erleben in ihrem Alltag eine Resonanz aus Unverständnis und Anfeindungen. Neben der Herausforderung ein Kind oder mehrere Kinder in der Entwicklung zu begleiten, kommt bei queeren Familien ein dauerhafter Druck zum Tragen, die familiäre Situation Dritten gegenüber zu erläutern, zu erklären und zu begründen. Die Überlagerung von mehrfachen Diskriminierungen wird fachsprachlich „Intersektionalität“ genannt. Die Teilnehmenden berichten davon, dass sie aufgrund der Tatsache, dass sie „Pflegetmutter und Lesbe sind oder trans* und bilingual doppelt diskriminiert“ und von Teilhabechancen an der Gesellschaft ausgeschlossen und/oder abgewertet sind. „Zu allen Auseinandersetzungen, die Familie hat, kommen die Hürden für queere Familien noch hinzu.“ Dabei steht der freien und sicheren Entfaltung der kindlichen Entwicklung, das permanente Hinterfragen der familiären Situation durch die eigene Familie, Bekannte, Kitamitarbeitende, Lehrkräfte und staatlichen Stellen, wie Ämter und Gerichte im Wege. Die Familien berichten von der Erfahrung, dass Diskriminierungen und Übergriffe zunehmen, sobald man schwanger ist bzw. Kinder hat.

Hier ein paar Zitate aus dem Alltag queerer Eltern: „Was?! Ihr beide könnt doch nicht die Mütter sein! - Wo ist denn der Vater? Was?! Es gibt nur einen Spender? - Euer Kind tut mir aber leid!“ Das sind Aussagen, die den Alltag in der eigenen Familie durch Großeltern und im Lebensumfeld kennzeichnen. Hier ein paar Zitate, wie das auf die queeren Familien wirkt: „Es ist auch verletzend und übergriffig, wenn man ständig in Frage gestellt wird.“ „Es ist nicht nur eine blöde Frage, es tut immer weh. Ich will diese Frage nicht ständig gestellt bekommen.“ „Es ist anstrengend immer diese Lehrarbeit zu machen.“

Dieser Resonanzboden entzieht den Eltern Energie, die eigentlich für das Kind da sein sollte.

Auf familienrechtlicher Seite wird nach wie vor nur eine Mutter rechtlich anerkannt. Der angeheirateten Frau oder nicht-binären Person bleibt hingegen bisher die rechtliche Anerkennung verwehrt. Dies bedeutet im Extremfall für das Kind, dass es in eine Pflegschaft kommt, sollte das eine rechtlich anerkannte Elternteil sterben, da der andere Elternteil nicht als solcher anerkannt ist. Ebenfalls berührt ist das Erbschaftsrecht. Als Halbweise hätte das Kind keinen Anspruch auf Waisenrente, wenn die soziale oder in der Geburtsurkunde eingetragene Mutter stürbe. Das Abstammungsrecht ist reformbedürftig. Mehrere Bundesverfassungsgerichtsurteile befanden es als verfassungswidrig und forderten den Gesetzgeber auf, hier das Recht den Realitäten anzupassen.

Rechtliche Situation und Erfahrungen mit Ämtern

Für queere Familien kommt durch die rechtliche Diskriminierung zusätzlicher Aufwand für Formalien, wie Anträge und Gespräche mit Ämtern und Behörden hinzu, weil meist nur eine Person unterschreibungsberechtigt ist. Dazu gehören auch Adoptionsverfahren, Rechtsverfahren wie Klagen und Widersprüche zu Bescheiden, die den Alltag von queeren Familien zusätzlich belasten und Zeit für das Kind rauben.

„Ich habe Angst, dass ich für die Adoption vom Amt als nicht fit genug gesehen werde, deshalb suche ich mir gerade keine Hilfe bei einem Burnout, da diese aktenkundig werden könnte“, „Ich gebe Daten und Informationen ans Jugendamt, weil ich Angst habe, dass sich das sonst negativ auf das Verfahren auswirkt.“ „Die meisten Hürden gibt es schon vor der Geburt. Alle denken: Es ist doch heute alles so einfach.“ So drei Zitate, die stellvertretend die Lage für queere Paare darstellen.

Adoptionsverfahren dauern viel zu lang: mindestens sechs Monate und bei Anträgen aus Nicht-EU-Ländern drei bis vier Jahre.

Die ämterübergreifende Zuständigkeit (Jugendamt, Vormundschaft bei Pflegekindern, Sozialamt und Arbeitsagentur, Ausländerbehörden etc.) bedeutet für alle Berliner Familien oftmals einen Förderdschungel, der ohne unabhängigen Beistand und Beratung nicht zu durchdringen ist. Gerade für junge Familien wäre eine Lösung aus einer Hand mit einem allumfassenden Antrag wünschenswert. Vor allem die kurzfristige Gewährung von Hilfen, die absehbar für einen längeren Zeitraum gezahlt werden und immer wieder neu beantragt werden müssen, belasten im Alltag und beeinträchtigen das Verhältnis zur Verwaltung negativ.

Netzwerke und Angebote

Durch die alltäglich erlebten Diskriminierungen sind Räume, wo sich queere Familien nicht erklären müssen, sehr wichtig. Aktuell gibt es nur drei Regenbogenfamilienzentren in ganz Berlin. Sie leisten dafür ganze Arbeit und bieten den Familien einen geschützten Raum – ohne Erklärungsnotstand. Ein Raum ohne „Mikroaggressionen“. Ein sicherer Ort, an dem sich Kinder und Eltern aus queeren Familien treffen, austauschen und sein dürfen. Das sagen Familien: „Queere Familienzentren sind ultimativ wichtig, um das alles zu schaffen.“ „Wir werden hier einfach nicht in Frage gestellt.“ „Hier ist ein Schutzraum.“

Die Beratungsangebote für queere Familien zur Unterstützung bei den Alltags- wie Antragsverfahren und rechtliche Beratungen werden als sehr hilfreich und wichtig bezeichnet. Sie „wissen Bescheid, ich bekomme gleich die richtige Beratung und muss nicht zu drei Organisationen“.

Angebote für Pflegeeltern werden ebenfalls als sehr unterstützend wahrgenommen. Allerdings sind sie auch von Bezirk zu Bezirk sehr unterschiedlich vorhanden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Queere Familien haben mit den gleichen Hindernissen im Alltag zu tun, wie alle anderen Familien in Berlin auch. Der Kitaplatz entscheidet darüber, ob und wann ein Elternteil wieder arbeiten kann oder die Entwicklungsarbeit übernimmt. „Wenn die Kita im Juli schließt, und die Schule beginnt im September, wer betreut dann unser Kind in der Zwischenzeit?“

Familienangehörige, Freunde und Helfer*innen im Alltag machen vieles möglich. Die Oma, der Opa, die das Kind von der Kita abholen, Freunde, die Kinder mit nach Hause nehmen, Ausstattungen wie Kinderwagen und Kleidung für Kinder leihen oder verschenken. Auch Unterstützung im Wochenbett durch Versorgungs- und Kochangebote wurden genannt.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird als „dringend erforderlich“ gesehen: „Teilhabe an Angeboten ist bei Vollzeit Mangelware“. „Ich höre oft, ihr habt tolle Angebote in den Regenbogenfamilienzentren, aber wir haben keine Zeit und können nicht kommen.“

Die Anwesenden berichten, dass für sie die Situation auf der Arbeit leichter ist, wenn die eigenen Vorgesetzten auch queer lebten, da dann mehr Verständnis und Empathie für die Situation der queeren Familien vorhanden sei.

Ebenso hilft es, wenn das Kita-Personal einen queeren Hintergrund hat oder man nicht die einzige queere Familie in der Kita ist. Hier wünschen sich die Familien mehr Wissen und Sensibilität in den Kitas. Es gibt zu wenig queere-vielfältige Kitas, was zu langen Fahrtwegen der queeren Familien führt.

Besonders erschöpfend im Alltag ist die „Jonglage von Anforderungen, Terminen, Schlafmangel, langen anstrengenden Tagen und sich selbst und den eigenen Ansprüchen gegenüber dem Kind und der Partner*in gerecht zu werden“, insbesondere dann, wenn Eltern nicht auf Familiennetze und eine stabile Vernetzung im Kiez zurückgreifen können.

Finanzielle Aspekte

Auf queere Menschen mit Kindeswunsch ohne Zugang zu einer privaten Samenspende und die den Weg über eine Kinderwunschklinik gehen, kommen besondere Kosten zu. „Bis das Kind in einem Bauch wächst, kann das schon mal den Preis eines Neuwagens haben!“ Viele queere Paare können sich eine künstliche Befruchtung gar nicht leisten. Private Samenpendler*innen könnten im Extremfall für den Unterhalt der Kinder herangezogen werden oder nachträglich die Vaterschaft anerkennen und eine Stiefkindadoption damit unmöglich machen. Das „können sich manche Personen gar nicht leisten, haben dann unerfüllten Kinderwunsch.“

Eine Teilnehmende aus dem US-amerikanischen Kontext begrüßte die staatlichen Förderungen und Ausgleichszahlungen, wie Elterngeld u.a. Die Gruppe zog aber die Schlussfolgerung, dass es viel private Unterstützung für staatlich eher prekäre Angebote und Ausgleichszahlungen geben muss, da 60 % Elterngeld meist nicht reichen, um den Alltag in Berlin zu bezahlen.

Pflegeeltern bekommen in Berlin kein Elterngeld. Das wird von den Anwesenden als ungerecht empfunden.

Etliche queere Paare, bei denen ein*e Partner*in die Carearbeit macht, haben prekäre Jobs. Oftmals, gerade in der sozialen Arbeit, werden Freien Trägern nur Projektmittel gewährt, so dass es über Jahresverträge, Teilzeitanstellungen, z. B. 6 bis 8 h die Woche nicht möglich ist, kontinuierliche Arbeit in einer sozial abgesicherten Arbeitsstelle zu gewährleisten. Angebote und Beratungen, die immer gebraucht werden, sind häufig unterfinanziert und vom Personalschlüssel schlecht ausgestattet. Es braucht laut Aussage der Teilnehmenden deswegen zweierlei: soziale Transferleistungen, die die Kosten in der Realität abbilden und institutionelle Förderungen für Familienzentren und Beratungsstellen.

Vorschläge an Politik und Gesellschaft zu Verbesserung der Lebenssituation von queeren Familien

Queere Familien wünschen sich für die nahe Zukunft vor allem weniger Diskriminierung im Alltag und eine Gleichstellung mit nicht-queeren Familien. Dies könnte u.a. durch die Änderung des Abstammungsrechts, mehr Sensibilität und Information zu Belangen von queeren Familien in Bildungseinrichtungen und Institutionen sowie durch die bessere Anerkennung von queeren Familienzentren als Schutzräume, erreicht werden. Konkret gab es folgende Anregungen:

Das Abstammungsrecht muss geändert werden. Hier ist mehr Unterstützung durch die Politik und Gerichte nötig (seit August 2020 ist ein Verfahren zum Abstammungsrecht anhängig). Ein Gesetzentwurf von Landesseite wäre hilfreich, da die Bundesregierung bisher untätig bleibt.

Das Adoptionsverfahren ist intransparent, uneinheitlich und sehr langwierig. Ablehnungen sind nicht nachvollziehbar und nicht vergleichbar, daher fehlt für das Kind eine Absicherung, wenn der eingetragenen Mutter etwas passiert oder der/die Partner*in als Versorger*in ausfällt. Es gibt keine einheitlichen Entscheidungskriterien weder bei Jugendämtern noch bei Gerichten. Das Ausstellen einer vollständigen Geburtsurkunde und die damit verbundenen Rechte müssten sofort umgesetzt werden, weil queere Familien oft nur ein Elternteil eingetragen bekommen. Zudem sollten mehr als zwei Elternteile anerkannt werden können, da dies immer mehr der gelebten Familienrealität entspricht.

Queere Familienzentren sind eine große Stütze im Alltag. Sie sollten daher durch eine dauerhafte, institutionelle Förderung aufgewertet werden. Die Vernetzung mit anderen queeren Familien wird als Bereicherung gesehen. Insofern gibt es den Wunsch nach mehr Regenbogenfamilienzentren, da etliche queere Familien lange Fahrwege zu den drei Berliner Regenbogenfamilieneinrichtungen in Kauf nehmen müssen.

Die queeren Familien wünschen sich mehr staatliche und nicht-staatliche Beratungsstellen und ein queeres Verständnis für Intersektionalität. Für eine bessere gesellschaftliche Akzeptanz und Aufklärung, aber auch zur Wahrnehmung des geteilten Bildungsauftrages durch Kita, Schule und Familie, müssen die Fachkräfte über mehr Wissen verfügen. Die Ausbildung für Erzieher*innen sollte daher auch queere Themen beinhalten und die Bildungsangebote des Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg müssten diesbezüglich ausgeweitet werden.

Darüber hinaus haben die queeren Familien auch Wünsche und Vorschläge an Politik und Gesellschaft, die alle Familienformen betreffen. Folgende Anregungen wurden genannt:

Es sollte insgesamt mehr gesellschaftliche Anerkennung und Geld für Familien geben sowie „mehr Rechte und weniger Pflichten“. Es werden insgesamt „mehr helfende Hände im Alltag mit Kind(ern)“ gewünscht.

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist den queeren Familien wichtig. Als Vorschläge werden genannt:

- mehr Flexibilität am Arbeitsplatz,
- mehr Urlaub für Familien, da die Schulferien und Schließzeiten von Kita/Schule länger als die Urlaubstage sind,
- 100% Kinderkrankengeld und Kinderkrankengeld auch für ältere Kinder.

Elterngeld sollte auch für Pflegeeltern und unverheiratete queere Eltern gewährt werden. Einige Kommunen/Länder zahlen statt Elterngeld elterngeldähnliche Leistungen - dies sollte Berlin auch machen.

Es werden mehr Angebote für eine funktionierende Partnerschaft gewünscht.